

Beschluss

Humanitäres Aufnahmeprogramm für Afghanistan

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf, rechtzeitig und spätestens vor einem Abzug der Bundeswehr

1. ein Aufnahmeprogramm in Afghanistan bzw. im Norden des Landes für diejenigen Menschen durchzuführen, welche in ihrem Leben oder in ihrer Gesundheit spätestens dann bedroht sind, wenn das Militär abzieht und die Macht neu verteilt wird. Wir möchten diesen Menschen somit eine sichere Zuflucht in Deutschland bieten.
2. einen lückenlosen Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge durchzusetzen, um deren Leben nicht zu gefährden,
3. sich endlich dem Resettlement-Programm [1] des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) mit einem großzügigen Kontingent anzuschließen, und die Arbeit des UN-Flüchtlingskommissariats zu unterstützen, damit weiterhin Flüchtlingen in Afghanistan und insbesondere den afghanischen Flüchtlingen in Iran und Pakistan geholfen wird.
4. Den Ausbau der zivilen Hilfe sicherzustellen, denn die Verantwortung für die Menschen hört nicht mit dem militärischen Abzug auf.
5. die weiteren am Einsatz in Afghanistan beteiligten Staaten und die EU von ähnlichen Maßnahmen zu überzeugen. In besonderer Verantwortung stehen in diesem Zusammenhang neben der NATO zudem die USA

[1] **Resettlement** bedeutet die Auswahl und den Transfer verfolgter Personen aus einem Staat, in dem die Betroffenen zunächst Schutz gesucht haben (Erstzufluchtsstaat), in einen anderen Staat, der ihrer Aufnahme als Flüchtlinge zugestimmt hat und in dem sie sich dauerhaft niederlassen können. Mit einem Resettlement-Programm soll Flüchtlingen ein dauerhafter Schutz in einem sicheren Staat gewährt und den Menschen eine würdige Zukunftsperspektive eröffnet werden.